

**Resolution des 38. CDU-Landesparteitages in Güstrow
zum Angriff Russlands auf die Ukraine**

(I) Die CDU Mecklenburg-Vorpommern verurteilt den Angriffskrieg der Russischen Föderation unter der Führung Wladimir Putins auf die Ukraine aufs Schärfste. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern steht fest an der Seite der ukrainischen Bevölkerung.

Mit dem 24. Februar 2022 haben die seit Jahren anhaltenden und zum Teil verdeckt erfolgten russischen Aggressionen gegen die Ukraine eine vollkommen neue Dimension erreicht. Die Missachtung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar. Die vermeintliche Kompromissbereitschaft Russlands hat sich als Täuschung herausgestellt. Das von der Landespolitik langjährig vorgetragene Mantra, wonach es wichtig sei, „gerade in schwierigen Zeit im Dialog zu bleiben“, hat sich als folgenreiche Fehleinschätzung erwiesen und den Anspruch einer einheitlichen deutschen Außenpolitik faktisch unterminiert.

Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund des langen Festhaltens an der Realisierung der Pipeline Nordstream II und die enge Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, die trotz der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland fortgesetzt wurde, eine besondere Verantwortung.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern unterstützt alle Bemühungen, die eine schnelle humanitäre Hilfe für die Ukraine beinhalten.

Das Ansehen Mecklenburg-Vorpommerns hat in den vergangenen Monaten Schaden genommen.

(II) Die CDU Mecklenburg-Vorpommern nimmt wahr, dass Teile der russischen Bevölkerung in Opposition zum Angriffskrieg Putins stehen. Diese russische Opposition wird gewaltsam unterdrückt. Die Aggression Putins richtet sich somit auch gegen das eigene Volk. Einer zunehmenden Feindlichkeit gegenüber dem russischen Volk stellt sich die CDU Mecklenburg-Vorpommern entgegen.

(III) Die Aggression Putins macht ein sicherheitspolitisches Umdenken zwingend erforderlich und zeigt schonungslos die Leerstellen deutscher Sicherheitspolitik sowie die mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr auf. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern unterstützt grundsätzlich ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Die fragile Mehrheit innerhalb der Ampelkoalition für eine Grundgesetzänderung zur Aufwertung der Bundeswehr erfüllt uns mit Sorge. Die fehlende Unterstützung für eine Stärkung der Bundeswehr durch die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern werden dazu führen, dass sich sicherheits- und außenpolitisches Misstrauen gegenüber unserem Bundesland verfestigt.

(IV) Die auf dem 37. CDU-Landesparteitag am 18. Juni 2021 in Güstrow formulierte Skepsis gegenüber der Ausrichtung der mecklenburg-vorpommerschen Außenwirtschaftspolitik war berechtigt. Wir bekräftigen, dass unser Land eine Außenwirtschaftsstrategie benötigt, die Wachstumsmärkte stärker in den Blick nimmt, insbesondere diejenigen, die sich in der EU und damit in einer Gemeinschaft der Werte und des Rechts befinden.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern erwartet eine ernsthafte parlamentarische Untersuchung der Machenschaften rund um die sogenannte Klimaschutzstiftung und ihre wirtschaftlichen Nebenbetriebe, den sogenannten Russlandtag und weitere einschlägige Institutionen.